

Wirtschaftsdemokratie im Spannungsfeld von Globalisierung und internationaler Solidarität: Der skandinavische Wohlfahrtsstaat, Europa und Venezuela

Von Carsten Prien, Hans-Jürgen-Krahl-Institut (<http://www.hjki.de>)

(zur Vorbereitung einer Tagung in Kiel im März 2012)

Sozialisierungsformen

„Die eine Gruppe dieser Formen, der erste Typus der Sozialisierung, gewährt den produzierenden Arbeitern nur indirekt, den Konsumenten dagegen direkt eine Erfüllung ihrer Ansprüche. Die andere Gruppe dieser Formen, der zweite Typus der Sozialisierung, stellt umgekehrt vom Standpunkt der produzierenden Arbeiter aus gesehen eine direkte, dagegen vom Standpunkt der konsumierenden Gesamtheit aus gesehen nur eine indirekte Vergesellschaftung dar.“ (Karl Korsch)

Die Sozialisierung ist der innere Beruf der Arbeiterbewegung. Gegründet aus der gemeinsamen Notlage, durch das Privateigentum an Produktionsmittel die eigene Arbeitskraft verdingen zu müssen, ist die Aufhebung dieses Privateigentums ihr eigentlicher Existenzgrund. Ausnahmslos alle Programme und Aktionen der Arbeiterbewegung lassen sich nach ihrem Verhältnis zu diesem inneren Beruf, der mit ihrer bloßen Existenz zugleich mit gesetzten historischen Aufgabe, systematisieren.

Die gänzliche Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist als logischer Endpunkt zugleich das Extrem eines Spektrums verschiedener Formen der Begrenzung und Einschränkung des Privateigentums, welche wiederum nach zwei Seiten hin unterschieden werden können.

Einschränkung der Verfügungsgewalt über den Ertrag privateigentümlicher Produktion und Begrenzung bzw. – nach der positiven Seite hin – Mitbestimmung über den Gebrauch privateigentümlicher Produktionsmittel.

Bedingt durch das enge sich wechselseitig bestimmende Verhältnis zwischen dem Ertrag der Produktion und dem Gebrauch der Produktionsmittel gehen natürlich auch die beiden Seiten der Einschränkung der privateigentümlichen Verfügungsgewalt ineinander über.

Sinnvoll wird diese noch sehr abstrakte Unterscheidung erst wieder am Extrem, wo die beiden Seiten zu zwei verschiedenen Formen der Sozialisierung führen, die allerdings, wie zu zeigen sein wird, nichtsdestotrotz einander bedingen.

Die erste Form der Sozialisierung ist die Verstaatlichung oder Nationalisierung. Sie schränkt das Privateigentum ein bzw. hebt es auf von Seiten des Interesses an dem Ertrag der Produktion. Der Staat vertritt jedem einzelnen Betrieb gegenüber das allgemeine Konsumenteninteresse.

Diese Form der Sozialisierung ist historisch in die Krise geraten, zum einen durch einen Mangel an Effizienz den konkurrierenden privateigentümlichen Wirtschaften gegenüber, zum anderen – und das ist für den politischen Inhalt der Sozialisierungsfrage weitaus wichtiger – aus einem Mangel an Demokratie.

Wobei gesagt werden muss, dass die staatliche Einschränkung des Privateigentums notwendige Bedingung auch einer funktionierenden Marktwirtschaft ist, da sich diese ansonsten mit ihren Voraussetzungen selbst aufheben würden, etwa durch die Tendenz den Preis der Ware Arbeitskraft unter deren Wert zu drücken und damit deren Reproduktion zu gefährden.

Auch nehmen diese staatlichen Eingriffe im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung ebenso zwingend zu.

Wirtschaftsdemokratie

„Die Demokratisierung des öffentlichen Lebens, das freie Wahl-, Versammlungs-, Rede- und Presserecht bedarf der Ergänzung durch die Demokratisierung der Wirtschaft, durch Mitbestimmung der arbeitenden Menschen über die Verwendung ihrer Arbeitskraft und der von ihnen geschaffenen Werte.“ (Otto Brenner)

Was den Mangel an Demokratie angeht, so ist überraschenderweise die politische Verfasstheit des nationalisierenden Staates weniger bedeutend als die Tatsache, dass die Träger auch einer sozialen Demokratie nicht die Wirtschaftssubjekte, sondern eben die politischen Subjekte, also die Staatsbürger sind.

Denn gerade für jene Wirtschaftssubjekte, die eben, weil sie vom Privateigentum an den Produktionsmitteln, von deren Gebrauch und der Aneignung des erwirtschafteten Ertrages ausgeschlossen sind, die unmittelbaren Produzenten nämlich, macht es gar keinen Unterschied, ob ein – in welcher Form auch immer – privateigentümlich organisiertes oder ein staatliches Direktorium ihren unmittelbaren Produktionsprozess kommandiert.

In dieser historischen Situation einer fundamentalen Krise der Nationalisierung als Form der Sozialisierung, die durch den Zusammenbruch des sogenannten Realsozialismus wie auch durch die Schwächung der Nationalstaaten in Gefolge der Ausweitung der internationalen Arbeitsteilung gekennzeichnet ist, ist das spontan wiedererwachte Interesse an Formen wirtschaftlicher Demokratie wenig verwunderlich.

Die Subjekte der Wirtschaftsdemokratie sind vorzüglich die unmittelbaren Produzenten, die von ihren Interessen aus die Verfügungsgewalt des Privateigentums über den Gebrauch der Produktionsmittel einschränken. Auch hier gibt es ein weites Spektrum, an dessen Ende jedoch die vollendete demokratische Betriebsorganisationsform als Grundelement der Sozialisierung steht, was hier nach traditionellem Wortgebrauch als Syndikalismus bezeichnet werden soll.

Aber auch diese basisdemokratische Sozialisierungsform hat paradoxerweise ein Demokratiedefizit.

Der einzelne Betrieb steht in einem arbeitsteiligen Verhältnis zu der Gesamtheit aller anderen. Dieses Verhältnis entspricht dem der einzelnen Tätigkeiten innerhalb des Betriebes und macht den gesellschaftlichen Charakter der Produktion überhaupt aus. Dieser Gesamtheit der Betriebe gegenüber verhält sich jedoch der einzelne demokratisch verfasste Betrieb analog zu dem eines

privateigentümlich verfassten, denn er verfügt exklusiv und willkürlich über Mittel einer letztendlich gesamtgesellschaftlichen Produktion.

Nun müsste eine syndikalistische Sozialisierung natürlich keinen Markt implizieren, sondern könnte über Branchen- und Industrievereinigungen in einem Wirtschaftsrat gipfeln, der die gemeinsamen Produktionsziele bestimmt und dem eine staatsähnliche Funktion zukäme.

An dieser Stelle nun wird eine grundlegende Revision des Wirtschaftsdemokratiegedankens, ja der Sozialisierungsvorstellung überhaupt notwendig, wenn sie sich nicht selbst widersprechen soll.

Denn von einem solchen staatsähnlichen Vertreter der Konsumenteninteressen gegenüber der solchermaßen eingeschränkten Autonomie der Betriebe ausgeschlossen blieben die Privathaushalte.

Diese Grenze wirtschaftlicher Demokratie kann nur überwunden werden durch die konsequente Aufhebung der bisher unbedachten und ihm doch untrennbar zugehörigen Kehrseite des Privateigentums an den Produktionsmitteln, nämlich der ebenso privat organisierten Form der Reproduktion der Arbeitskraft, also der Familie als ökonomischer Einheit.

Historische Produktion

„Der Kommunismus unterscheidet sich von allen bisherigen Bewegungen dadurch, dass er die Grundlage aller bisherigen Produktions- und Verkehrsverhältnisse umwälzt und alle naturwüchsigen Voraussetzungen zum ersten Mal mit Bewusstsein als Geschöpfe der bisherigen Menschen behandelt, ihrer Naturwüchsigkeit entkleidet und der Macht der vereinigten Individuen unterwirft. Seine Einrichtung ist daher wesentlich ökonomisch, die materielle Herstellung der Bedingungen dieser Vereinigung; sie macht die vorhandenen Bedingungen zu Bedingungen der Vereinigung.“ (Karl Marx/Friedrich Engels)

Diese Forderung hat weitreichende Konsequenzen für den Inhalt des Sozialisierungsgedanken, denn die Sozialisierung der Reproduktionssphäre der Arbeitskraft ist keine bloße Erweiterung, sondern als Aufhebung der Trennung von reproduktiven und produktiven Tätigkeiten zugleich ein Bruch mit dem industriellen Paradigma und dem diesem zugrundeliegenden Produktions- bzw. Wirtschaftsbegriff.

In den beiden einander bedingenden bornierten gesellschaftlichen Verkehrsformen, Privateigentum und Familie, ist die Arbeit nur mehr Mittel zur individuellen und familiären Reproduktion und nicht mehr, wie in der genuinen dialektische Einheit von produktiver Konsumtion und konsumtiver Produktion, die mit sich identische Form der Aneignung, also die Herausbildung der Individualität in den Formen und der Geschichte ihrer gegenständlichen Verwirklichungen.

Dadurch wird die Arbeit in ihrer entäußerten Form den Arbeitsmitteln und deren Entwicklung zur bestimmenden Hauptseite und die von der Aneignung gänzlich gelöste, darum maßlos sich steigernde Produktivität zum gesellschaftlichen Selbstzweck.

Diese Überlegungen führen zu einem entfaltetem Begriff von Wirtschaftdemokratie, der dem alten Begriff nur implizit war.

Die Verteilung der Produktionsmittel, von der das Privateigentum nur eine besondere Form darstellt, ist nur ein Element der übergreifenden historischen Produktion.

Die historischen Subjekte müssen nicht nur über die Produktion und Verteilung von unmittelbarem Leben, Lebensmitteln und Produktionsmitteln demokratisch entscheiden können, sondern auch über die Produktion der gesellschaftlichen Verkehrsformen und Produktionsverhältnisse, innerhalb derer und durch die sich die ersteren vollziehen.

Erst eine solche demokratische Kontrolle über die Produktion der Geschichte entspräche tatsächlich einer Humanisierung der Arbeit, die solange unmöglich ist, wie das historische Subjekt in den gesellschaftlichen Verkehrsformen praktisch in einen Konsumenten und einen Produzenten aufgespalten ist und diese Spaltung ist auch noch die unreflektierte Voraussetzung der nur halben Formen von Sozialisierung, Syndikalismus und Nationalisierung, in denen sich wirtschaftliche und politische Demokratie gegenüberstehen und wechselseitig begrenzen.

Internationalismus

„Hand in Hand mit dieser Zentralisation oder der *Enteignung* vieler Kapitalisten durch wenige entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewusste technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Ökonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit, die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarkts und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes.“ (Karl Marx)

Gerade die der Arbeiterbewegung dringlich gestellte Aufgabe zu Formen internationaler Solidarität zu finden, welche die fortgeschrittene internationale Arbeitsteilung zu ihrer bewussten Bedingung machen, bietet die Möglichkeit des praktischen Wirksamwerdens solcher Überlegungen.

Denn die unterschiedlichen in den verschiedenen Nationalstaaten gemachten Erfahrungen mit Formen der Wirtschaftdemokratie können nicht zu einer internationalen und internationalistischen Strategie hin verallgemeinert werden, wenn nicht deren auch innerliche Gebundenheit an den nationalstaatlichen Rahmen reflektiert, durchschaut und überwunden wird.

Mit anderen Worten bedingt die Diskussion internationaler Solidarität eine Kritik des Wirtschaftdemokratiebegriffs, wie sie oben versucht wurde zu skizzieren.

Es gibt durchaus die Möglichkeit von hieraus auch die internationalen Erfahrungen zu systematisieren.

Natürlich weisen die verschiedenen Ländern, das dürfte aus dem bisher Gesagten verständlich geworden sein, immer eine Kombinationen der verschiedenen Sozialisierungsformen und deren

Vorstufen auf, dennoch kann eine Typologie von realen Hauptseiten ausgehen, ohne von den Besonderheiten allzu gewaltsam abstrahieren zu müssen.

Die verblichene Sowjetunion dem Typus der Nationalisierung zuzurechnen, wird trotz dessen, dass in ihr Ware-Geld-Beziehungen zwischen den verschiedenen Formen von Kollektiveigentum weiterfortbestanden, voraussichtlich auf wenig Widerspruch stoßen.

Ebenso wenig eine Charakterisierung der jugoslawischen Wirtschaft als einer Form syndikalistischer Marktwirtschaft, deren grundlegendes Paradox der Selbstverwaltung, wie der Ökonom Goran Music lakonisch feststellte, sich in dem absurden Entstehen „einer Bürokratie zur Verhinderung des Bürokratismus“ äußerte.

Von unserem Gesichtspunkt aus ist der Unterschied zwischen dem rheinischen Kapitalismus und dem skandinavischen Modell nur der, dass ein höherer Grad gewerkschaftlicher Organisation und eine längere durchgängige sozialdemokratische Regierungszeit es ermöglichten, den Sozialstaat strategisch zum Wohlfahrtsstaat auszubauen, also wirtschaftdemokratische Zielsetzungen offensiv zu planen und umzusetzen, die in Westdeutschland aufgrund eines anderen Kräfteverhältnisses nicht realisiert werden konnten.

Bei beiden Modellen steht aber die Verrechtlichung der Resultate gewerkschaftlicher Kämpfe um den Ertrag der privateigentümlichen Produktion im Hintergrund, die sich zeitweilig mit dem staatlichen Interesse an der Sicherung der allgemeinen Bedingungen des Kapitalverhältnisses vertragen. Das allgemeine Kapitalinteresse muss stets gegen die Sonderinteressen der einzelnen Kapitale durchgesetzt werden, und hierfür kann die Arbeiterbewegung teilweise und vorübergehend politischer Akteur der Mediation werden.

Schließlich verweisen die gegenwärtig in Venezuela gemachten Erfahrungen mit den massiven Kampagnen zu staatlich geförderten Genossenschaftsgründungen geradezu auf den Idealtypus einer Kombination der beiden Sozialisierungsformen mit den dazugehörigen Widersprüchen – zudem ein Beweis für die historische Reife der Fragestellung.

Diese typologisierende Kritik der Beschränktheit der internationalen Erfahrungen könnte es ermöglichen, die Arbeiterbewegung in ihren verschiedenen Ausformungen oft gegeneinander ideologisch und institutionell verhärtet, wieder als Ganzes wahrzunehmen als eine vielgestaltige und doch einheitliche historische Bewegung.

Und zweifellos ist diese antisektiererische Position die notwendige Voraussetzung, um eine Strategie der Sozialisierung verwirklichen zu können, die jene verschiedenen Formen der Aktion, die gewerkschaftliche, die politische, die genossenschaftliche und die wirtschaftdemokratische nicht nur äußerlich und taktisch miteinander verbindet, sondern sie in ihrer Entsprechung auf das strategische Ziel einer umfassenden Sozialisierung hin kombiniert.

Ein Diskussionsansatz hierzu soll im Nachfolgenden kurz vorgestellt werden.

Praktischer Sozialismus

„Wir wollen die Kapitaleigner ihrer Macht berauben, die sie Kraft ihres Eigentums ausüben. Alle Erfahrungen zeigen, dass es nicht ausreicht mit Einfluss und Kontrolle. Allein Funktionssozialismus (Eingriffe in die Funktionen des Eigentums) reicht nicht aus, eine durchgreifende Gesellschaftsveränderung zu erreichen.“ (Rudolf Meidner)

„Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst“ (MEW 25, 260). Dieser Satz Marxens verweist auf die Nichtidentität von Arbeits- und Verwertungsprozess. Das heißt: Die für die kapitalistische Produktion Überschüssigen besitzen dennoch Arbeitskraft und könnten gemeinsam arbeiten. Denn auch die durch die technologische Entwicklung moralisch verschlissenen Produktionsmittel könnten von ihnen noch als Arbeitsmittel verwendet werden.

Und würden die Güter auch über dem Durchschnitt gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit produziert, so könnten sie dennoch Bedürfnisse befriedigen.

Das alles sind mögliche Produktivkräfte für den Aufbau des Sozialismus noch im Kapitalismus!

Hingegen ist die wahre Schranke des „Sozialismus in einer Klasse“ nicht er selbst, sondern seine Vermittlung durch den bürgerlichen Staat.

Die Sozialtransfers, Tarife und Mindestlöhne beschränken zwar die Konkurrenz unter den Arbeitskräftebesitzer, die letztlich in der privaten Reproduktionsform der Arbeitskraft begründet liegt, aber nur deren einheitliche Selbstorganisation könnte die Konkurrenz ganz aufheben.

Die Strategie der Selbstorganisation wären demgemäß Arbeitskämpfe mit dem Ziel der Übernahme der bestreikten Betriebe und genossenschaftliche Produktion in selbstorganisierten Betrieben mit dem Ziel der mittelbaren und unmittelbaren Unterstützung der Arbeitskämpfe.

Die verschiedenen in den traditionellen Organisationsformen gegeneinander vereinseitigten Funktionen könnten so synthetisiert werden:

Die Einschränkung der Konkurrenz unter den Arbeitskräfteanbietern, die Übernahme der Produktionsmittel in genossenschaftliche Produktion, die Verringerung der Kosten zur Reproduktion der Arbeitskraft durch Konsumgenossenschaften bis hin zur Subversion des bürgerlichen Staates.

Die Reste des Genter Versicherungssystems in Schweden, also die zumindest teilweise gewerkschaftlich organisierte Arbeitslosenversicherung oder die erneute Diskussion der Lohnempfängerfonds als kollektiver Aktienerwerb am Unternehmensvermögen böten – in eine solche Strategie integriert – Ansätze zur Selbstorganisation der Sozialtransfers und zu einer sukzessiven Form der Sozialisierung.

Auch in den deutschen Gewerkschaften gibt es eine neue Diskussion über Formen der Unternehmensbeteiligung und Mitbestimmung. Bisher gewähren nur fortschreitende und prinzipiell unbegrenzte Verzichtleistungen auf Arbeitnehmerseite eine dennoch nur befristete Standort- bzw. Arbeitsplatzsicherung gegenüber einem zunehmend internationalisierten Kapital. In dieser Situation empfehlen sich Mitbestimmung und Anteilsaneignung erneut als probate strategische Mittel der Arbeiterbewegung.

Diese wenigen Beispiele verdeutlichen vielleicht das große Integrationspotential für schon bestehende Praxisformen und Diskussionen der Linken eines praktischen Sozialismus, der sich mit dem Kapital entlang der internationalen Arbeitsteilung ausbreiten könnte und somit fähig wäre eine neue, qualitativ höhere Form des Internationalismus zu begründen.